

## NO to NATO – NO to WAR!

### 3./4. April 2009: Auf zum Gipfel nach Strasbourg!

Im April 2009 besteht die NATO seit 60 Jahren. Grund genug, sich intensiv mit ihr auseinanderzusetzen. Gingen doch die Strategiediskussionen zum 50. Jahrestag im April 1999 im Schrecken über den Jugoslawien-Krieg weitgehend unter.

Die vor 10 Jahren in Washington und bereits 1991 beim Gipfeltreffen in Rom festgelegte neue strategische Linie der Interventionspolitik soll nun beim Gipfel von Strasbourg fortgeschrieben werden. Das beweist das 2008 von hohen Generälen formulierte Papier „Towards a Grand Strategy in an Uncertain World“ mit entsprechenden Vorüberlegungen.

### NATO - Westliches Interventionsbündnis

Die NATO versteht sich immer eindeutiger als militärisches Bündnis, um wirtschaftliche und strategische Interessen des Westens abzusichern. Dafür werden Interventions- und Besatzungsstrategien erdacht und entsprechende schnelle Eingreiftruppen in NATO und EU bereitgestellt. Neue Konfrontationen werden durch den Aufbau der Raketenabwehr in Polen und der Tschechischen Republik sowie durch die fortgesetzte Osterweiterung geschaffen. Die NATO richtet sich insgesamt neu gegen Russland und China, statt auf kooperative Sicherheitssysteme hinzuarbeiten. Die Strategie des möglichen Ersteinsatzes von Nuklearwaffen soll gestärkt werden – sog. Mini-Nukes senken die atomare Einsatzschwelle. Kriege sollen auch

ohne UN-Mandat geführt werden. Das Konsensprinzip soll eingeschränkt werden, um schneller handlungsfähig zu sein. Die forcierte EU-Militarisierung arbeitet einerseits den NATO-Strukturen zu. Andererseits wird dadurch gleichzeitig eine stärkere eigenständige militärische Handlungsfähigkeit der EU begründet.

Dass Barak Obama nun Präsident in den USA geworden ist, ist sehr zu begrüßen, vor allem seine erste Amtshandlung, endlich das Folterlager Guantánamo zu schließen und Foltermethoden zu verbieten. Die neue US-Regierung wird eine intelligentere Außenpolitik als die Bush-Administration betreiben, aber es wird klare militärgestützte hegemoniale Interessenpolitik bleiben. Die Erhöhung der Soldatenkontingente für Afghanistan hat er schon vor der Wahl angekündigt, verbunden mit entsprechenden Forderungen an die Europäer. Ob trotz allem unter Obama neue Abrüstungsinitiativen entstehen, wird auch vom Druck der internationalen Friedensbewegung abhängen.

*Martin Singe*



Protest gegen Jugoslawien-Krieg, 1999 © Martin Singe

## Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Wir möchten Ihnen allen ein ganz herzliches Dankeschön sagen! Sie haben es mit Ihren Spenden und Beiträgen im Jahr 2008 ermöglicht, dass das Komitee auf finanziell soliden Füßen arbeiten konnte! Wir möchten uns auch bedanken für Ihre ideelle Unterstützung, die immer wieder in Schreiben und Anrufen zum Ausdruck kommt. Politische Menschenrechtsarbeit in diesem Land und in diesen Zeiten bleibt sachlich und personell sehr aufwendig. Wir haben zwar auch 2008 den Haushalt wieder mit einem Defizit (12.000,- Euro) abgeschlossen, aber sind von der Tendenz her guter Hoffnung, dass wir mit großer Anstrengung 2009 wieder einen ausgeglichenen Haushalt erreichen könnten: Wenn Sie alle mithelfen und uns mit Ihren Unterstützungen treu bleiben. Zugleich trägt Ihre Spende dazu bei, drei konkrete Arbeitsplätze im Kölner Komitee-Sekretariat zu erhalten.

## Spendenquittungen

Unsere Gemeinnützigkeit wurde vom Kölner Finanzamt im Dezember 2008 wieder für drei Jahre bestätigt. Ende Januar haben wir die Zuwendungsbestätigungen für 2008 verschickt. Ungefähr zeitgleich gingen von Frankfurt aus die Quittungen an diejenigen, die speziell für das Projekt „Ferien vom Krieg“ auf das Sonderkonto oder per Scheck spendet hatten. Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung. Trotz aller Technik bleibt das Buchen auch Handarbeit. So kann sich bei über 3.200 Quittungen schon mal ein Fehler einschleichen. Dafür bitten wir um Verständnis. Wenn Ihrerseits mal eine Quittung verloren gehen sollte, können wir eine Zweitausfertigung ausstellen.

## Werben Sie für das Komitee!

Große Aufgaben liegen im neuen Jahr wieder vor uns. Deshalb appellieren wir erneut an Ihre Solidarität! Vielleicht können Sie Ihren Förderbeitrag ein wenig erhöhen oder mit einer Spende zum Jahresanfang ein Zeichen setzen: Die Komitee-Arbeit soll weitergehen! Und vor allem: Helfen Sie uns, das Komitee noch bekannter zu machen. Wir schicken gerne Werbe-Materialien, z.B. unsere Selbstdarstellung, aktuelle INFORMATIONEN, einige BürgerInnen-Informationen in gewünschter Auflage zum Weiterreichen in Ihrem Bekanntenkreis, wenn Sie uns dies signalisieren.

*Martin Singe, Elke Steven,  
Dirk Vogelskamp*



Protest gegen Jugoslawien-Krieg, 1999 © Martin Singe

## Aktuelle Informationen und Aufrufe zum NATO-Gipfel im April 2009

Das Grundrechtekomitee hat zum 60. Jahrestag eine BürgerInnen-Information zur altneuen NATO-Politik herausgegeben.

Helfen Sie bei der Verbreitung dieses Heftchens! Bestellmöglichkeiten sind im Impressum des Heftes angegeben. Auch das neue Heft 1/09 der Zeitschrift FriedensForum widmet sich im Schwerpunkt dem NATO-Gipfel (3,- Euro, Netzwerk Friedenskooperative, s.u.). Hinzuweisen ist auch auf die Tagung „60 Jahre NATO – Frieden ist etwas anderes“ der Kooperation für den Frieden am 21./22.2.2009 in Bremen zum NATO-Thema. Unter den Referierenden sind Andreas Buro, Arielle Denis (Frankreich), Jochen Hippler, Paul Walker (USA), Renate Wanie, Andreas Zumach. Nähere Infos: Netzwerk Friedenskooperative, Römerstr. 88, 53111 Bonn, 0228-692904, friekoop@bonn.comlink.org

## Aktionen der Friedensbewegung zum NATO-Gipfel im April

Die Friedensbewegung wird mit verschiedenen Aktionen anlässlich des Gipfeltreffens reagieren. Im Zentrum steht die Großdemonstration am 4.4.2009 in Strasbourg, zu der das Komitee mit aufruft. Infos: [www.no-to-nato.org](http://www.no-to-nato.org)

Darüber hinaus werden sich auch aus dem Umfeld des Komitees viele an einer gewaltfreien Aktion („NATO-ZU“) beim Gipfeltreffen beteiligen, deren konkrete Ausgestaltung noch in Planung ist. Eine gewaltfreie Blockade des NATO-Konferenz-Ortes mit politischem Symbolcharakter wird angestrebt. Wir zitieren aus dem Aufruf des Aktionsvorbereitungs-Kreises: Gewaltfreie Blockaden in Strasbourg

„Kurz: für uns steht die NATO für die Aufrechterhaltung des globalen Status Quo, die militärische Absicherung und Durchsetzung der westlichen Wirtschafts-, Rohstoff- und Hegemonieinteressen und damit für die Ausbeutung der Länder des Südens. Die NATO wird somit faktisch zum militärischen

Arm der Staaten der G7 (G8 minus Russland), insbesondere in der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise kann diesem militärischen Arm schnell eine noch größere Bedeutung zukommen.

## Der NATO-Gipfel 2009: Verabredung zur Kriegsführung und zum Bruch des Völkerrechts

Beim NATO-Gipfel werden die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten die Fortsetzung und Weiterentwicklung dieser Politik beraten und entsprechende Beschlüsse fassen. Dies stellt faktisch eine Verabredung zum Bruch des Völkerrechts und zur Führung von Angriffskriegen dar. Dem werden wir unseren gewaltfreien Widerstand entgegensetzen.

## Die Aktion: NATO-Ziviler Ungehorsam Gewaltfreie Aktion gegen den NATO-Gipfel

Am 4. April werden zahlreiche Gruppen ihren Protest gegen die NATO zum Ausdruck bringen und versuchen, den NATO-Gipfel in Strasbourg zu behindern. Wir verstehen uns als Teil der internationalen Protestbewegung „No-to-war – No-to-NATO“ und werden uns mit einer eigenen aussagekräftigen gewaltfreien Aktion an diesen Protesten beteiligen.

Es geht uns darum, deutlich zu machen, dass die NATO über Leichen geht und dass wir uns dieser Politik in den Weg stellen. (...)

Die Aktion wird provokativ und gewaltfrei sein, auch wenn die Gegenseite versucht, uns mit Gewalt aus dem Weg zu räumen. (...)

Kontakt für diese Aktion: Annett Gnass, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion/Baden, email: [ZU-Frieden@web.de](mailto:ZU-Frieden@web.de), Tel.: 0761-5902763, [www.nato-zu.de](http://www.nato-zu.de)

Zu allen Aktionen anlässlich des NATO-Gipfels können Sie auch Informationen, z.B. zu Treffpunkten von Teilnehmern aus unserem Kontext, über das Komitee-Sekretariat erhalten!

*Martin Singe*

## Struktureller Mord im Lügengespinnst der Polizei

Ein ungewöhnliches Urteil der 6. Strafkammer zu Dessau

Am 7. Januar 2005 ist Oury Jalloh aus Sierra Leone im Polizeigewahrsam zu Dessau, in Zelle Nr. 5 auf einer Schaumgummimatratze festgekettet, um die Mittagszeit verbrannt. Oury Jalloh, Anfang zwanzig, hatte in der BRD vergebens Asyl gesucht.

Warum wurde Oury Jalloh in eine Zelle gebracht und festgekettet? Warum wurde die Situation des Gefesselten nicht andauernd überprüft? Wer hat die Matratze in Brand gesteckt? Wie kam ein Feuerzeug in die blitzsaubere Zelle? Warum wurde Oury Jalloh nicht rechtzeitig losgekettet und gerettet? Fragen über Fragen.

Über zwei Jahre nach dem Feuertod in polizeigeschützter Gewahrsamszelle wurden zwei Polizeibeamte, einer höheren Rangs, staatsanwaltlich angeklagt. Sie hätten aufgrund pflichtmäßigen Versäumnisses und fahrlässig zum unerklärten Tod im „Gewahrsamsbereich“ der Dessauer Polizei beigetragen.

Am 8.1.2008 um 16.45 Uhr ging der Prozess mit einem längst erwarteten Freispruch wie einem musikalischen Scheinschluss zu Ende. Freunde Oury Jallohs protestierten. Hin und her gehen Protestrufe, Versuche in den Gerichtssaal gekommener Polizeileute, die Protestierenden hinauszudrängen. Der Vorsitzende Richter, Manfred Steinhoff, verkörperte Deeskalation durch Sichruhigverhalten. Um 17.30 Uhr hebt er damit an, Gründe für den Freispruch vorzutragen. Nun kommt alles andere als das Erwartete.

- Das Verfahren habe in einem rechtsstaatlichen Sinne als Wahrheitssuche nicht stattfinden können.
- Die Suche nach einem angemessenen Urteil seien in über 60 statt in sechs Sitzungen daran gescheitert, dass auf dem Boden sumpfiger Wahrscheinlichkeiten und unzuverlässiger Indizien keine harten Tatsachen und stimmigen Indizien hätten gesichtet werden können.
- Dafür aber seien drei ineinander

verhakte Gründe schuldig: eine unzureichende staatsanwaltliche Zeugenvernahme und Klageschrift (letzteres deutete der Richter nur an); eine Polizeibehörde, die nicht nur das Verfahren ungehörig zu beeinflussen suchte, sondern lebenswichtige Vorkehrungen insbesondere in der Gewahrsamszelle und in Sachen Feuerschutz zu treffen versäumte; insbesondere aber ein anhaltendes Lügenspinnen der polizeilichen Zeugen, die Angeklagten eingeschlossen. Jede und jeder habe ihre beruflichen Pflichten versäumt und sich stattdessen nach dem Prinzip des Opportunismus verhalten: rette sich wer kann. Darum häuften sich Fehlansagen, Widersprüche, zu spät kommende Erinnerungen, groteske Kompetenzmängel und ähnliches mehr. Darum seien die Ermittlungen durch eine bunte Kette von „Pleiten, Pech und Pannen gekennzeichnet gewesen“.

• „Sie – dieses Corps der Polizeibeamtinnen und -beamten, die Leitung eingeschlossen – alle haben dem Rechtsstaat geschadet.“ Der Freispruch erfolge, weil das Gericht „im Namen des Volkes“ zur Wahrheit verpflichtet sei. Diese sei von der Polizei von Lügen zugehängt worden.

Richter Steinhoff sprach nicht von einer Prozessverhinderung durch die Polizei, einem „institutionellen Rassismus“, von abgefemter Konstruktion der Tatsachen, die schon mit der staatsanwaltlichen Anklage begonnen habe, wie die (...) Vertreter der Nebenklage dies tun. Er benutzte nicht den Ausdruck „Struktureller Rassismus“, nicht „Lügengespinnst der Polizei“. Darauf lief jedoch die Urteilsbegründung ohne eigentliches Urteil hinaus. Ein Prozessergebnis, in dem der Polizei, und nicht nur der Dessauer mit durchschlagenden Gründen der Prozess gemacht wurde. (...) sie, diese Polizei in ihrer Organisation von oben bis unten ist des Mordes an Oury Jalloh angeklagt. Die im Verfahren gesammelten Indizien fügen sich jenseits einzelner Personen zu einem schlüssigen Gesamtbild zusammen: Die Polizei zu Dessau ist schuldig.

*Wolf-Dieter Narr*

## Förderung durch die bridge-Stiftung

Die bridge-Stiftung hat sich erfreulicher Weise entschieden, das Projekt des Grundrechtekomitees gegen die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte und zur tiefeschürferen Auseinandersetzung mit dem Gesundheitssystem finanziell zu fördern. Im Antrag beschrieben wir unsere

Zielsetzung: „Bürger und Bürgerinnen

sollen die mit der eGK intendierte Speicherung ihrer Daten kritisch hinterfragen und damit zur Reflexion auch anderer Datenspeicherungen angeregt werden. Gleichzeitig soll aber auch öffentlich über das Gesundheitssystem und seine gegenwärtige Transformation diskutiert werden. Wir brauchen auch die Diskussion darüber, wie eigentlich gesundheitsförderliche Strukturen und eine den Bedürfnissen entsprechende Behandlung aussehen sollen.“

Wir freuen uns über die Unterstützung, die uns Rückenwind gibt und uns mehr Möglichkeiten schafft, unserer Kritik Gehör zu verschaffen.

Im SPIEGEL, 52/2008, wird kritisch über das Projekt der eGK berichtet und auch unsere Kritik und Kampagne aufgenommen.

*Elke Steven*



Roland Roth, Dieter Rucht (Hg.): Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945, Ein Handbuch

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie ist Teil dieser sozialen Bewegungen, deren „erfolgreiches Scheitern“ das Buch beleuchtet.

Gebunden, 770 Seiten, 49,90 EUR





© Martin Singe

## Keine Kündigung der Betriebsratsvorsitzenden

Auch das Grundrechtekomitee hatte zum Protest gegen die Kündigung der Betriebsratsvorsitzenden bei IKEA Walldorf aufgerufen. Die Proteste haben zum Erfolg geführt. Am Freitag, 19.12.2008, kam es bei IKEA zu einer gütlichen Einigung. IKEA erklärte, dass es den Kündigungsantrag beim Arbeitsgericht zurückziehen würde. Die Betriebsratsvorsitzende bedauerte, dass durch ihre Interview-Äußerungen über betriebsinterne Vorgänge eine öffentliche Kampagne gegen IKEA entstanden sei.

Vielen Dank für jede Unterstützung!

Spendenkonto  
Komitee für  
Grundrechte und  
Demokratie  
Volksbank Odenwald  
Konto 8 024 618  
BLZ 508 635 13

## Sind die Begegnungen junger Israeli und Palästinenser im Sommer 2009 gefährdet?<sup>1</sup>

Seit dem Sommer 2002 haben sich im Rahmen der Aktion „Ferien vom Krieg“ des Komitee für Grundrechte und Demokratie über 500 junge Menschen aus Israel mit über 500 Gleichaltrigen aus Palästina zu Dialogseminaren in Deutschland getroffen.

Es waren schwierige und oft schmerzhaft Prozesse, denn viele der palästinensischen TeilnehmerInnen trauerten um nahe

Angehörige, vermissten Brüder und Väter, die in israelischen Gefängnissen saßen und litten im Alltag unter materieller Not und Demütigungen. Die israelischen TeilnehmerInnen sprachen über ihre Ängste vor Anschlägen durch Selbstmordattentäter und vor den Raketen der Hamas bzw. Hisbollah. Viele von ihnen waren aber erstaunt und erschüttert, als sie von der unverhältnismäßigen Brutalität, mit der die israelische Armee in den besetzten Gebieten vorgeht, hörten.

Alle TeilnehmerInnen bewiesen Mut, denn auf beiden Seiten können diese Kontakte als „Verrat“ oder „Kollaboration mit dem Feind“ denunziert werden und soziale Sanktionen zur Folge haben. Der Prozess war aber getragen von Hoffnungen und Visionen, die in den „188 Plädoyers für einen israelisch-palästinensischen Dialog“ und vielen Berichten zum Ausdruck kommen ([www.ferien-vom-krieg.de](http://www.ferien-vom-krieg.de)). Eine Palästinenserin formulierte als Resümee: „Wir können zusammen leben – sogar unter einem Dach. Das ist eine phantastische Erfahrung!“ (...)

Noch zu Weihnachten erhielten wir Grüße aus Israel und Palästina und planten ein Vorbereitungsseminar im Januar für die Begegnungen im Sommer 2009. Doch schon 2 Tage später begann das Inferno im Gazastreifen – der Angriff einer der modernsten Armeen der Welt aus der Luft, vom Wasser und mit Bodentruppen auf ein dicht besiedeltes Gebiet ohne Fluchtwege. Die Bevölkerung wird ausgehungert und unterschiedslos dem Bombardement

ausgesetzt. Fast 1000 Tote in drei Wochen. Tausenden Verletzten kann nicht geholfen werden. Doch auch die Raketen der Hamas haben Menschen in Israel getötet und verletzt. Sie haben die Rechtfertigung für diesen Krieg geliefert. Mit jedem Tag wachsen Hass und Gewalt ins Unermessliche.

Die zarten Ansätze zur Aussöhnung werden zur Zeit von den Machthabern im Blut ertränkt. Wir können nur hoffen, dass es weiterhin junge Menschen in Palästina und Israel geben wird, deren Denken und Handeln nicht von Rache und Hass bestimmt wird.

Unsere beiden Koordinatoren aus Israel (Keren Assaf von „Breaking Barriers“ und Shlomo Regev von „Alternative Voice in the Galilee“) und viele TeilnehmerInnen sind MitunterzeichnerInnen einer Petition, die von Intellektuellen in Israel initiiert wurde, und in der die Forderungen von palästinensischen Menschenrechtsorganisationen aufgenommen werden. Über 500 Menschen in Israel beweisen damit zum jetzigen Zeitpunkt großen Mut. Sie fordern ein internationales Eingreifen, da sie keine andere Chance mehr sehen, diesem Krieg ein Ende zu bereiten. (...)

In diesen Tagen schickte unser Koordinator aus Palästina schreckliche Bilder und forderte uns zu materieller und medizinischer Hilfe auf. Wir bitten um

Spenden an medico international, Frankfurter Sparkasse, Kontonummer 1800, BLZ 500 502 01

Stichwort: „Palästina“.

Für das Team der Aktion „Ferien vom Krieg“ des Komitee für Grundrechte und Demokratie

*Helga Dieter*

Die Petition in der von den israelischen Initiatoren autorisierten Fassung und das englische Original können im Kölner Büro angefordert werden und sind auf unserer homepage eingestellt.

<sup>1</sup> Presseerklärung vom 14.1.2009